

Landpacht für 99 Jahre?

Ein umstrittenes Gesetz

Stefan Kühner

Die Absicht der Regierung Vietnams, per Gesetz die Dauer von Pachtverträgen für Land in einigen Sonderwirtschaftszonen von 70 auf 99 Jahre zu verlängern, hat in Vietnam heftige Diskussionen ausgelöst.

In der Nationalversammlung wurde ungewöhnlich heftig gestritten, vietnamesische Medien informierten über unterschiedliche Einschätzungen und Meinungen zu diesem Gesetz. In Foren wird heftig diskutiert und es kam zu großen Demonstrationen – allerdings auch zu gewalttätigen Ausschreitungen, so am 11. Juni in Phan Thiet östlich von Ho-Chi-

Minh-Stadt. Vor dem Gebäude des Volkskomitees der Provinz Binh Thuan standen an diesem Tag gegen 18 Uhr „den etwa 1.000 Randalierern nur 30 Polizisten gegenüber. Das Gebäude der Provinzverwaltung wurde gestürmt und verwüstet, ein auf dem Hof abgestelltes Auto der Behörde angezündet und mehrere Polizeifahrzeuge beschädigt. Erst als

gegen 23:30 Uhr Verstärkung für die Sicherheitskräfte eintraf, konnte dem Mob Einhalt geboten werden. Insgesamt 102 Personen wurden festgenommen. Mehrere Dutzend Polizisten wurden verletzt, zehn von ihnen schwer“, schrieb eine Teilnehmerin in ihrem Facebook-Account.

Die vorgeschlagene Pachtdauer von 99 Jahren für ausländische Investoren löste auch in anderen Teilen des Landes Protest aus. In Ho Chi Minh-Stadt, Hanoi sowie in den Provinzen Binh Thuan und Khanh Hoa gingen Tausende von Menschen auf die Straße, aber friedlich.

Die Behörden in Vietnam versuchten, die Diskussion zu versachlichen, denn ein Teil der Proteste war offensichtlich nationalistisch aufgeheizt und richtete sich gegen China. Die Nationalversammlung nahm angesichts der heftigen Reaktionen in der Bevölkerung die für den 15. Juni 2018 vorgesehene Verabschiedung der Gesetzesvorlage von der Tagesordnung. Das „Ständige Komitee“ von Nationalversammlung und Regierung kam überein, dass man mehr Zeit für die Klärung offener Fragen und eine Überarbeitung des Gesetzes brauche, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung Uong Chu Luu. Das Gesetz sei eben „neu, kompliziert und beisspiellos.“ Die Entscheidung soll nun im Oktober fallen.

Was war der Grund für die Proteste?

Vietnam setzt in der Entwicklung seiner Wirtschaft nach wie vor auf ausländische

Investoren. In drei Sonderentwicklungszonen (SEZ) soll dafür Land zu besonders günstigen Konditionen bereitgestellt werden, und zwar in Van Don in der Provinz Quang Ninh im Norden, in Bac Van Phong in der Provinz Khanh Hoa in Zentralvietnam und Phu Quoc in der Provinz Kien Giang im Süden.

Das Ministerium für Planung und Investitionen schätzt, dass die SEZs jedes Jahr insgesamt 9,5 Mrd. US-\$ an Steuerzahlungen und landbezogenen Gebühren in die Staatskasse bringen würden. Es wird damit gerechnet, dass 2030 die Gesamtzahl der in den drei Bereichen geschaffenen Arbeitsplätze über 760.000 liegen wird, mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 13.000 US-\$, was dem 5,4-fachen des derzeitigen Niveaus entspricht.

Es gibt zwei Aspekte, die besonders strittig sind. Zum Einen sollen Firmen, die sich dort ansiedeln, 30 Jahre lang überhaupt keine Pacht bezahlen müssen. Des weiteren soll die maximale Pachtdauer auf 99 Jahre erhöht werden. Bereits die erste Lesung des Gesetzes im Parlament hatte zu lebhaften Diskussionen mit gegensätzlichen Wortmeldungen geführt.

So sagte der Abgeordnete Hoang Van Cuong, dass die Pachtfreistellung „gegen die grundlegenden Mechanismen des Marktes“ verstoße und den gesunden Wettbewerb zwischen den Zonen untergrabe. Er schlug vor, die Freistellung nur während der Bauphasen zu gewähren. Auch der Abgeordnete Le Cong Nhuong meinte, die 30 Jahre Befreiung von der Pacht seien zu lang, und die Zonen könn-

ten am Ende finanzielle Verluste erleiden, wenn die Unternehmen untergingen, bevor der Zeitraum für die Befreiung von der Pacht abgelaufen sei.

Zum Aspekt Pachtdauer argumentierten die Gegner des Gesetzentwurfs nachdrücklich, dass dieser Schritt nur Immobilieninvestoren und Grundstücksspekulanten zugute käme, nicht aber den High Tech-Unternehmen, die dort bauen und einziehen sollen. Nach der Meinung des Abgeordneten Duong Trung Quoc brauchten Unternehmen in der High-Tech-Branche „kein Land für 99 Jahre, sondern gute Infrastrukturen, Klarheit und eine gute Umgebung für ihre Investitionen“.

Gefahr für die Souveränität?

Ein wichtiges Argument gegen das Gesetz betrifft auch einen internationalen Aspekt: Das Gesetz könne zur Folge haben, einen Keil zwischen Vietnam und China zu treiben. Die im Gesetzentwurf für die SEZ enthaltene Bestimmung, wonach ausländische Investoren in besonderen Fällen Land für bis zu 99 Jahre pachten dürfen, könne dazu führen, dass China dies unangemessen dazu ausnutzen könne, die Souveränität Vietnams zu verletzen. Im Internet waren dazu Schrifttafeln zu sehen mit der Aufschrift: „Ich erhebe Einspruch dagegen, dass China Land in Vietnams Sonderwirtschaftszonen pachtet.“¹

Vietnams Minister für Planung und Investitionen Nguyen Chi Dung wies sol-

che Bedenken zurück: „Einige Leute interpretieren das Gesetz absichtlich so, dass es einen Keil zwischen Vietnam und China treibt.“ Es gebe aber im SEZ-Gesetz „kein Wort, das China erwähnt“. Jedes Land sei gleich, bei wirtschaftlichen Investitionen gebe es keine Diskriminierung. „Wir haben unsere Souveränität und Unabhängigkeit; niemand kann diese Souveränität verletzen“, sagte der Minister. Denn es sei ein Leitprinzip dieses Gesetzes, dass es die Sicherheit, Souveränität, die natürliche Umwelt und die Rechte der Menschen nicht beeinträchtigen darf.

Trotzdem bleibt die Frage, warum die Proteste jetzt so heftig waren, wo es sich doch nicht um eine Regelung für alle SEZs handelt, sondern nur für drei neue. Soweit es von hier aus beurteilt werden kann, scheinen die alten Ressentiments gegen China vordergründig die Demonstrationen beherrscht zu haben. Vielleicht hat dazu auch die Tatsache beigetragen, dass eine der SEZ in der nördlichen Provinz Van Don einen besonderen Symbolwert hat: Dort besiegte der legendäre vietnamesische Feldherr Tran Hung Dao einst das chinesische Heer.

Zwei weitere Aspekte könnten dabei eine Rolle spielen. Erstens, eine Kritik an der militärischen und ökonomischen Machtausübung in der Region. Die Verlegung einer chinesischen Ölplattform in vietnamesische Hoheitsgewässer 2014 ist ebenso wenig vergessen wie die militärischen Aktionen Chinas auf den Spratley- und Paracel-Inseln, die schon mehrfach zu heftigen Protesten in Vietnam geführt haben und immer wieder auftauchen.

¹ Alle Zitate nach: Hoai Thu, Vo Hai und Bao Ha im VN-Express, 30.5.2018

Der zweite Grund sind die Umweltzerstörungen durch *Formosa Steel Company* im Jahr 2016 und andere inakzeptable Vorgehensweisen asiatischer Konzerne in Bezug auf Umweltschutz und die Behandlung von vietnamesischen Arbeitnehmern. Immer wieder kommt hier auch der Zorn auf Behörden hinzu, die sich zu wenig um die Belange der ‚normalen Menschen‘ kümmern.

Die vietnamesischen Behörden vermuten bei diesen Protesten, die nach den vietnamesischen Medien über das Internet organisiert wurden, ausländische Einflüsse. Bestätigt sehen sich die Behörden darin durch die Teilnahme eines amerikanischen Exilvietnamesen aus Houston an den Protesten in Ho Chi Minh-Stadt. Der Mann, Sohn von Boatpeople, mit Namen Will Nguyen wurde am 10.6.2018 festgenommen und einige Tage später freigelassen und in die USA abgeschoben. Will Nguyen hatte nach einem Bericht des amerikanischen Nachrichten-Magazins *Newsweek*² Fotos der Demonstrationen über Internet verbreitet, auf denen auch die amerikanische Flagge zu sehen war.

Dieser Vorfall weist auf einen weiteren Zusammenhang hin. In einem Bericht über die Demonstrationen auf der *Deutschen Welle* wird noch ein anderer Aspekt erwähnt: Vor allem die Reaktion der vietnamesischen Regierung erscheint dabei in einem neuen Licht:

„Die Demonstranten, die sich vor allem über die Sozialen Medien organisiert haben und austauschen, treibt noch ein zweites Thema um, das nicht unmit-

telbar mit den Sonderwirtschaftszonen zusammenhängt. Am Dienstag³ stimmt das Parlament über ein neues *Internetsicherheitsgesetz* ab. Das Gesetz würde Technologiefirmen wie Facebook, Google und Apple dazu zwingen, große Datenmengen an die staatlichen Sicherheitsbehörden zu übergeben.“

Nach einer Stellungnahme von *amnesty international* (AI) sei das Gesetz „so vage formuliert, dass es den Sicherheitsbehörden ermöglicht, fast nach Belieben gegen unliebsame Kritiker vorzugehen“⁴. Westliche Vermutungen gehen in die Richtung, dass die Regierung die Verabschiedung dieses Gesetzes vorziehe, um dann besser gegen über das Internet organisierte Demonstrationen vorgehen zu können.

Wir werden uns im nächsten VNK eingehend mit diesen und weiteren einschlägigen Gesetzen befassen. Red.

³ 12.6.2018

⁴ *Deutsche Welle* online am 11.6.2018. Auch das AI-Zitat dort.

² vom 14.6.2018